

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 187. Ratssitzung vom 18. September 2013

4276. 2012/98

**Motion von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom
14.03.2012:**

**Ergänzung von Art. 10 der Gemeindeordnung (GO), Obligatorisches Referendum
bei Gründungen oder dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen an privatrechtli-
chen Kapitalgesellschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Dr. Martin Mächler (EVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2449/2012):
Den Einwohnern und Einwohnerinnen von Zürich Nord wurde mitgeteilt, dass ihnen das
Gas abgestellt wird. Die Frist wurde mittlerweile erstreckt. Es ist befremdlich, wenn eine
Firma mit dem Auftrag, die Stadt mit Gas zu versorgen, diesem Auftrag plötzlich nicht
mehr nachkommen kann. Es handelt sich um eine private Firma, bei der die Stadt je-
doch eine Mehrheit besitzt und dadurch bestimmen kann. Deshalb fordern wir eine Än-
derung der Gemeindeordnung. Wenn wir bestimmte Firmen aus der Stadtverwaltung
auslagern, können wir uns nicht so verhalten, als ob es sich weiterhin um stadt-eigene
Betriebe handeln würde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe
Stellung.

***STR Andres Türler:** Der Rückzug der Erdgas Zürich aus Zürich Nord ist bereits seit
Jahren bekannt. Das Thema hat an Brisanz verloren. Der Rückzug lässt sich durch
einen Beschluss des Regierungsrates begründen. An diesen Beschluss müssen wir uns
halten. Aufgrund der Auslagerung der Erdgas Zürich aus der Stadtverwaltung konnten
wir den Rückzug etwas hinauszögern. Durch diese Motion kann das Problem nicht
gelöst werden. Die demoralisierende Mitsprache an solchen Firmen ist bereits heute
sichergestellt. Die vorgeschlagene Regelung ist mit übergeordnetem Recht nicht
vereinbar.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Davy Graf (SP):** Der erste Teil der Motion stösst bei der SP auf Sympathie. Über die
Auslagerung staatlicher Aufgaben muss man sich Gedanken machen und auch
Mitwirkungsmöglichkeiten regeln. Durch die Gründung solcher Aktiengesellschaften
werden dem Gemeinderat Kompetenzen entzogen. Wir wollen unseren Einfluss auf*

2 / 2

Gesellschaften, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, möglichst lange erhalten. In diesem Fall kam es auch zu einer Volksabstimmung. Wir sind der Ansicht, dass die Stadt Dienstleistungsbereiche nicht auslagern soll, bei denen sie weiterhin durch Weisungen mitbestimmen möchte. Der zweite Teil der Motion macht uns Bauchschmerzen. Solange wir öffentliche Interessen sehen, wollen wir unseren Einfluss behalten. Der Lösungsvorschlag der EVP ist nicht zielführend.

Severin Pflüger (FDP): *Wenn der Staat handelt, soll er dies immer im öffentlichen Interesse tun. Dies gilt auch für staatliche Mehrheitsbeteiligungen an Aktiengesellschaften. Die EVP gewichtet in diesem Fall die privatwirtschaftlichen Interessen höher.*

Roger Liebi (SVP): *Die EVP strebt durch die Motion eine Verbesserung der Bewegungsfreiheit der Kapitalgesellschaften an. Andererseits soll eingeschränkt werden, dass städtische Organe Weisungen erteilen können. Dies führt zu keiner Vereinfachung der Situation.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Es wurde darauf hingewiesen, dass es juristisch nicht möglich ist, einem Verwaltungsrat Weisungen zu erteilen. Gleichzeitig wird gesagt, dass dies mit übergeordnetem Recht möglich ist. Durch die Änderung der Gemeindeordnung wollten wir den Kompetenzrahmen für den Stadtrat festlegen und gleichzeitig definieren, in welchen Bereichen eine bereitere Abstützung nötig ist. Entweder werden Betriebe ausgelagert und spricht ihnen eigene Handlungskompetenzen zu oder man entscheidet sich gegen die Auslagerung.*

Die Motion wird mit 6 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat